

26.06.2019

STELLUNGNAHME

Arbeitsdokument der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt – „Die Herausforderungen der Metropolregionen und ihre Position in der künftigen Kohäsionspolitik nach 2020“ (vom 17. Mai 2019)

Das vorliegende Dokument enthält Auszüge aus dem Arbeitsdokument „Die Herausforderungen für die Metropolregionen und ihre Position in der künftigen Kohäsionspolitik nach 2020“ zur 23. Sitzung der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt vom 17. Mai 2019, die aus Sicht des Europabüros der Metropolregion FrankfurtRheinMain kommentiert wurden (blaue Passagen). Ferner wurden die auf den Seiten 5 bis 6 des Arbeitsdokuments formulierten Fragen aus Sicht der Metropolregion FrankfurtRheinMain beantwortet.

Aus dem Arbeitsdokument (S. 3, erster Absatz): „Unter einer Metropolregion versteht man eine NUTS-3-Region mit mindestens 250 000 Einwohnern, in der mindestens die Hälfte der Bevölkerung in einem funktionalen städtischen Gebiet lebt. Grundlage der territorialen Klassifizierung sind Ballungsräume mit hoher Bevölkerungsdichte und mindestens 50 000 Einwohnern.“

Kommentar des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Der im ersten Absatz des Arbeitsdokuments genannte Definition einer Metropolregion können wir nicht zustimmen und wir setzen uns dafür ein, diese ersatzlos zu streichen. Zur Begründung: Die genannte Definition bildet nicht die echten Verflechtungen einer Metropolregion ab, sondern führt eine neue, politisch nicht legitimierte Gebietskategorie ein, die große zusammenhängende Verflechtungsräume alleine aufgrund ihrer Bevölkerungsdichte und engmaschiger Pendlerströme zerteilt. Reelle Pendlerströme sowie wirtschaftliche und infrastrukturelle Verflechtungen im Sinne einer dezentralen Daseinsvorsorge werden nicht berücksichtigt. Für eine nachhaltige, großflächige Flächennutzungs- und Verkehrsplanung sind diese neuen Gebietskategorien nicht hilfreich.*

Vereinfacht ausgedrückt geht diese Definition davon aus, dass Metropolregionen aus einer großen Kernstadt mit umliegenden Kreisen mit einem gewissen Verstärterungsgrad bestehen und durch Pendlerverflechtungen gekennzeichnet sind. So würde nach der Definition der vorliegenden Durchführungsverordnung die Metropolregion FrankfurtRheinMain künftig aus einer Vielzahl von „Metropolregionen“ bestehen: (<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/4313761/4311719/Metro-regions-NUTS-2016.xlsx>):

- ★ DE005M Metropolregion Frankfurt am Main (bestehend aus DE712, DE713, DE717, DE718, DE719, DE71A, DE71C, DE71E)

- ★ DE020M Metropolregion Wiesbaden (bestehend aus DE714, DE71D)
- ★ DE025M Metropolregion Darmstadt (bestehend aus DE711, DE716)
- ★ DE037M Metropolregion Mainz (bestehend aus DEB3J, DEB35)
- ★ DE057M Metropolregion Gießen (bestehend aus DE721)
- ★ DE061M Metropolregion Aschaffenburg (bestehend aus DE269, DE261, DE264)

Im Ergebnis würden Teilregionen mit knapp über 250.000 Einwohnern als eigenständige Metropolregionen betrachtet werden.

Aus unsere Sicht besteht eine Agglomeration aus einer Kernstadt und ihrem suburbanen, eher dicht bebauten Vorortbereich (auch Ballungsraum genannt), während der Begriff der Metropolregion viel weiter gefasst ist. Metropolregionen schließen auch große ländliche Gebiete mit ein, die mit den Oberzentren der Region durch wirtschaftliche Verflechtungen oder Pendlerströme in enger Verbindung stehen. Durch die Kooperation in Metropolregionen soll so auch die Planung von Städtebau- und Verkehrsprojekten verbessert werden.

Außerdem gibt es in Europa bereits feststehende Metropolregionen. Diese sollten als Gebietskörperschaften in die NUTS-Typologie der EU aufgenommen werden. Es ist nicht nötig, neue Regionsabgrenzungen zu schaffen. Die hierfür festgelegten Grenzwerte in den Definitionen erscheinen vor diesem Hintergrund willkürlich. Wenn es darum geht, die NUTS-Systematik praxistauglicher zu machen, sollte man sich an der Praxis orientieren. Ein Beispiel hierfür ist die seit langem etablierte Vereinbarung im Rahmen des Initiativkreis der Europäischen Metropolregionen Deutschlands (IKM), die politisch wie fachlich akzeptiert ist.

Auch im Sinne eines internationalen Vergleiches ist eine kleinteilige Betrachtung nicht sinnvoll. Die Metropolregionen in Europa sind in ihrer Größe im Verhältnis zu Metropolregion in anderen Teilen der Welt bereits sehr klein. Wir müssen diese Form der Kategorisierung für die Metropolregion FrankfurtRheinMain daher ablehnen und raten deshalb davon ab, die genannten Definitionen als Grundlage für die zukünftige Fördermittelvergabe der Strukturfonds zu nutzen.

Aus dem Arbeitsdokument (S. 3, erster Absatz): „Abgesehen von den Metropolregionen London und Paris mit mehr als 10 Millionen Einwohnern herrscht in Europa ein polyzentrisches Modell vor. Die meisten Metropolregionen bestehen aus großen, mittelgroßen oder kleineren Städten, wobei sich die Hauptstädte als eine spezielle Gruppe innerhalb der Metropolregionen herausheben.“

Kommentar des Europabüros FrankfurtRheinMain: Wichtiger Hinweis unter Beachtung des oben gemachten Kommentars.

Aus dem Arbeitsdokument (S. 3, zweiter Absatz): „Ein wesentlicher Teil der EU-Bevölkerung lebt mittlerweile in einer Metropolregion, weshalb dieses Thema auch unter dem Gesichtspunkt der Gestaltung der Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2020 behandelt werden muss. Im Jahr 2016 waren nach Angaben von Euro-stat 293,3 Mio. Bürger in der EU in einer Metropolregion ansässig. Demnach leben drei von fünf EU-Bürgern in einer Metropolregion. Die tatsächliche Bevölkerungszahl einer Metropolregion ist allerdings mitunter höher, als in den amtlichen Statistiken ausgewiesen. Nicht alle

Bürger, die in die Metropolregionen kommen, etwa um zu arbeiten, haben dort auch ihren ständigen Wohnsitz. Dadurch entsteht eine große Nachfrage nach zusätzlichen Dienstleistungen und Druck auf die Haushalte der Metropolregionen.“

Kommentar des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Gibt es europaweite, belegbare Daten für diese Aussage zur „tatsächlichen“ Bevölkerungszahl? In Metropolregionen bestehen Pendlerbeziehungen zwischen dem städtischen Kern und dem peri-urbanen und ländlichen Umland. So mag diese Aussage auf Kernstädte in einer Metropolregion mit vielen Einpendlern zutreffen, aber nicht in der Gesamtheit einer Metropolregion.*

Aus dem Arbeitsdokument (S. 3, dritter Absatz): Die Metropolregionen sind oft Zentren des Wirtschaftswachstums und bieten Möglichkeiten für Studium, Innovation und Beschäftigung, was eine natürliche Anziehung auf die Menschen ausübt. Die Metropolregionen der Hauptstädte sind in den meisten Mitgliedstaaten zugleich die Regionen mit dem höchsten durchschnittlichen BIP pro Kopf. Ausnahmen bilden nur Deutschland, Italien und die Niederlande, wo die Metropolregionen der Hauptstädte nicht das höchste durchschnittliche Pro-Kopf-BIP erreichen. Einige der wirtschaftlich produktivsten Hauptstädte befinden sich in Osteuropa, darunter Prag, Warschau, Sofia und Bukarest.

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 3, vierter Absatz): „Die Metropolregionen gelten als Motoren der Volkswirtschaften in den Mitgliedstaaten. Dessen ungeachtet haben auch sie spezifische Probleme, etwa mit dem Verkehr, der Umwelt, der sozialen Integration,...“

Kommentar des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Hier wären noch die Themen Digitalisierung, Fachkräftemangel, Siedlungsdruck, neue Mobilität, sowie die Umsetzung einer nachhaltigen Energiewende und Klimaschutzpolitik zu ergänzen.*

„...und der stetig wachsenden Nachfrage nach Dienstleistungen bei begrenzten finanziellen Mitteln zu deren Erbringung, was sich erheblich auf die Lebensqualität der Bevölkerung insgesamt auswirkt.“

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 3, fünfter Absatz bis S.4, fünfter Absatz): „Metropolregionen sind durch hohe Pendlerströme aus dem Umland gekennzeichnet, die einerseits die Verstädterungstendenz verstärken und andererseits eine starke Nachfrage nach einem funktionierenden öffentlichen Verkehr schaffen. Metropolregionen wie Brüssel oder Tallinn leiden unter enormen Verkehrsstaus, die sich negativ auf die Luftqualität und damit auch auf die menschliche Gesundheit auswirken. Neben Umwelt und Verkehr gehören zu den Problembereichen soziale Eingliederung, Bevölkerungsalterung, Obdachlosigkeit, Kriminalität, Arbeitsarmut und erschwinglicher Wohnraum – im Großraum Prag beispielsweise ein Problem von alarmierenden Dimensionen.“

Der laufende Prozess zur Gestaltung der Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2020 ist eine einmalige Gelegenheit, um die Notwendigkeit eines spezifischen Ansatzes für die Metropolregionen und ihre funktionalen Regionen in den künftigen Partnerschaftsvereinbarungen und den nachfolgenden operationellen Programmen für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zu berücksichtigen. Erstmals werden die Haushaltsmittel für die Kohäsionspolitik weniger als ein Drittel des EU-Haushalts ausmachen, und sie werden eng mit den ersten beiden Zielen der neuen Kohäsionspolitik – ein intelligenteres und umweltfreundlicheres Europa – verknüpft. Gerade Maßnahmen dieser Art werden weitgehend in Metropolregionen verwirklicht.

Die Bedeutung der Metropolregionen bzw. der städtischen Dimension in der EU-Politik nimmt rasant zu. Ein Beleg hierfür ist auch der Vorschlag, für die Zeit nach 2020 die Mittel für die nachhaltige Stadtentwicklung im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung auf mindestens 6 % der einzelstaatlichen Mittelzuweisung aufzustocken. In der Debatte über die Metropolregionen muss die Bedeutung funktionaler städtischer Gebiete hervorgehoben werden, die häufig auch die umliegenden ländlichen Gebiete umfassen. In dieser Hinsicht ist es von entscheidender Bedeutung, auf gut funktionierende Verbindungen zwischen Stadt und Land hinzuwirken und im Zuge der Politikgestaltung eine Fragmentierung zu vermeiden. Die besonderen Herausforderungen der Metropolregionen haben für die EU häufig eine starke territoriale Dimension. So kann eine Region einerseits Stadtcharakter haben und dennoch stark ländlich geprägt sein. Ebenso gibt es in einigen der reichsten Regionen sehr arme Gebiete, was z. B. in der Woiwodschaft Masowien der Fall ist.

Die Metropolregionen gelten zwar als Wirtschaftsmotoren der EU, doch müssen sie auch ein immer größeres Dienstleistungsangebot für ihre Bürger erbringen. Sie verfügen nicht immer über genügend eigene Haushaltsmittel und sind angesichts ihres relativen Wohlstands auch bei der Ausschöpfung der ESI-Fonds eingeschränkt, sodass der Druck auf die effiziente Nutzung der Mittel zunimmt. Die Tatsache, dass die Umverteilung von Mitteln aus den ESI-Fonds in erster Linie anhand eines Indikators erfolgt, der am BIP pro Kopf/Kaufkraftparität ausgerichtet ist, jedoch soziale, territoriale und ökologische Aspekte in den europäischen Regionen nicht erfasst, lässt keinen nuancierten Blick auf den Entwicklungsstand der Regionen zu. Demzufolge müssten Regionen, die aufgrund der streng wirtschaftlich ausgerichteten Umverteilung benachteiligt werden, einen angemessenen Ausgleich bekommen. Die Europäische Kommission schlägt vor, die Übertragungsmöglichkeit zwischen Regionen verschiedener Kategorien von 3 auf 15 % der Gesamtzuweisung zu erhöhen. Diese Flexibilität erfordert jedoch eine sorgfältige vorausgehende Analyse.

Um die Argumente der Metropolregionen zu stärken, könnten ergänzende Indikatoren hinzugezogen und bei der Bestimmung prioritärer Investitionsbereiche innerhalb der Gebiete eine umfassendere Sichtweise angestrebt werden. Ein geeignetes Instrument ist die Einführung eines Indexes für sozialen Fortschritt (Social Progress Index – SPI), mit dem eine Reihe von sozialen und ökologischen Indikatoren erfasst und ökonomische Indikatoren gezielt außen vorgelassen werden. Die Nutzung des SPI gestattet eine umfassendere, datengestützte Sicht auf die größten Herausforderungen der Metropolregionen, für die Mittel aus den ESI-Fonds erforderlich sind.“

Kommentar des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Gibt es eine Folgenabschätzung was die Einführung des „Social Progress Index“ bedeutet? Was bedeutet das konkret für die Metropolregionen in Europa? (https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/maps/social_progress) Die Bewertung einiger der Indikatoren des SPI sind nicht immer nachvollziehbar (Mobile Phone Users, People buying online). Ist es z. B. ein Fortschritt, dass die Anzahl der Nutzer von mobilen Telefonen so hoch ist, weil es ein gut ausgebautes Mobilfunknetz gibt und die Bevölkerung wohlhabend genug, um sich Mobilfunkdienste zu leisten, oder ist es eher ein Zeichen für ein schlecht ausgebautes Festnetz? Ähnliches gilt z.B. für den Onlinehandel. Ist der Onlinehandel nur so stark ausgeprägt, weil der Einzelhandel ein zu geringes Angebot hat? Andere Indikatoren basieren auf Umfragen über die subjektive Wahrnehmung der Bürger z. B. „Tolerance and inclusion“, Kriminalität usw. Die Toleranz z. B. gegenüber Minderheiten werden in Umfragen in verschiedenen Regionen sicherlich unterschiedlich subjektiv bewertet.*

(https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/information/maps/methodological_note_eu_spi_2016.pdf S.31ff.)

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 4-5): „In der Stellungnahme sollen vor allem folgende Aspekte zur Sprache kommen:

Die Aufforderung an die Metropolregionen, Argumente und Analysen vorzubereiten, warum für sie ein kohäsionspolitischer Förderbedarf nach 2020 besteht:

Was unternimmt Ihre Metropolregion, um stichhaltige Argumente zusammenzustellen, die rechtfertigen, warum Investitionen aus den ESI-Fonds gerade in Ihre Metropolregion fließen sollten?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Das Europabüro der Metropolregion Frankfurt-RheinMain begleitet den fachlichen und politischen Diskurs zur EU-Kohäsionspolitik für die Metropolregion FrankfurtRheinMain. Hierzu bringt das Europabüro die Stakeholder der Metropolregion aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zusammen. Basierend auf diesem Austausch erarbeitet und stimmt das Europabüro Positionen u. a. zur EU-Kohäsionspolitik ab.*

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 5): „Für den Fall, dass Sie keine Metropolregion vertreten: Sehen Sie auch für Ihre Region Vorteile solcher Investitionen, oder haben Sie im derzeitigen Programmplanungszeitraum einen positiven Einfluss auf Ihr Gebiet festgestellt?

Unterstützung des Vorschlags der Kommission zur Erhöhung der Flexibilität und des Transfers zwischen den Kategorien der Regionen von 3 auf 15 % der nationalen Gesamtzuzuweisung:

Wie sehen Sie die im Verordnungsentwurf vorgesehene Maßnahme, den Mitgliedstaaten und Regionen mehr Flexibilität bei einer möglichen Übertragung von Mitteln zwischen den verschiedenen Kategorien von Regionen einzuräumen?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Prinzipiell positiv. Allerdings ist z. B. für Deutschland unwahrscheinlich, dass diese Möglichkeit überhaupt genutzt wird. Den Bundesländern werden nach einem Schlüssel für die ESI-Fonds Gelder zugewiesen. Die Bundesländer, die die Metropolregion FrankfurtRheinMain tangieren, befinden sich alle in besser entwickelten Regionen. Dass ein Bundesland als Übergangsregion Gelder in ein besser entwickeltes Bundesland überträgt, ist sehr unwahrscheinlich.*

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 5): „Hat Ihr Land im laufenden Programmplanungszeitraum die Transferflexibilität in Anspruch genommen, und wenn ja, hatte dies positive oder eher negative Auswirkungen?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Nicht bekannt.*

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 5): „Beabsichtigen Sie im Rahmen der Kohäsionspolitik nach 2020 eine Inanspruchnahme der Flexibilität? Sollten Sie keine Metropolregion vertreten: Begrüßen Sie die angebotene Flexibilität für die Metropolregion in Ihrem Land? Verfügen Sie über Informationen, wonach die einzelstaatliche Ebene die Flexibilität nutzen will, und wenn ja, in welchem Umfang?“

Ermittlung gemeinsamer Herausforderungen der Metropolregionen unter den verschiedenen Gegebenheiten in der EU und Ermöglichung eines Austausches bewährter Verfahren bei der Konzipierung länderspezifischer Partnerschaftsabkommen:

Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme, denen sich die Metropolregionen stellen müssen?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Auch besser entwickelte Regionen haben einerseits mit Entwicklungsunterschieden in ihren Teilregionen zu kämpfen und sind andererseits besonderen Herausforderungen wie Digitalisierung, Migration, Fachkräftemangel, Siedlungsdruck, neue Mobilität, Umwelt-, Lärm- und Verkehrsbelastungen sowie der Umsetzung einer nachhaltigen Energiewende und Klimaschutzpolitik ausgesetzt. Diese Herausforderungen sind in funktionalen Räumen wie Metropolregionen, die oft gegenläufige Trends in ländlichen und städtischen Regionen miteinander vereinbaren müssen, besonders relevant.*

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 5): „Hat die Kommission in ihrem Länderbericht im Rahmen der Investitionsleitlinien für die Kohäsionspolitik 2021 – 2027 die Herausforderungen für Ihre Metropolregion ermittelt?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: *Ja, in den länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland (Anhang D, ab S. 92) werden wichtige Herausforderungen genannt, die auch in unserer Metropolregion zutreffend sind: Nach Ansicht der Europäischen Kommission soll Deutschland die intelligente Spezialisierung in den Regionen weiterführen. Dies beinhaltet einerseits eine Ausgabenerhöhung für Forschung, Entwicklung und Innovation durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) u. a. in den Bereichen Kreislaufwirtschaft sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Andererseits sollen Technologietransfers zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor gefördert werden. Aber auch die Bereitstellung öffentlicher elektronischer Dienstleistungen soll nach Ansicht der Kommission aus den EU-Regionalfonds förderfähig werden.*

Die Europäische Kommission sieht zudem in Deutschland die Problematik eines wachsenden Fachkräftemangel und empfiehlt, die Mittel der Kohäsionspolitik in Deutschland für die Entwicklung von Kompetenzen in den Bereichen intelligente Spezialisierung, industrieller Wandel und Unternehmertum sowie Weiterqualifizierung einzusetzen. Auch mahnt die Europäische Kommission die Förderung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt sowie einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben an. Die Förderung von lebenslangem Lernen und die Integration von Migranten und Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt sollen nach Ansicht der Kommission weitere Förderschwerpunkte bilden.

Zur Umsetzung energie- und klimapolitischer Ziele regt die Kommission an Energieeffizienzmaßnahmen zu fördern und durch Mittel der Kohäsionspolitik öffentliche Gebäude energieeffizient zu renovieren. Als weitere Beispiele werden die Entwicklung von Demonstrationsprojekten der Energiespeicherung und intelligente Verteilernetze auf lokaler Ebene genannt.

Die ungleiche territoriale Entwicklung der verschiedenen Gebiete in Deutschland erachtet die Kommission als Herausforderung, die durch die Kohäsionspolitik abgefedert werden könne. Mittel könnten für Projekte zur intelligenten Mobilität in Städten, der Zusammenarbeit von Städten und dem ländlichen Raum, der Aufwertung benachteiligter Wohngegenden, dem Zugang zu bezahlbarem Wohnraum,

dem Ausbau der PlanungsKapazitäten in der öffentlichen Verwaltung und der Kooperation von Klein- und Großstädten verausgabt werden.

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 5): „Wie vermitteln Sie Ihre Herausforderungen der einzelstaatlichen Ebene und den anderen Regionen?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain bringt sich mit Stellungnahmen, Positionspapieren sowie in Gesprächen und Veranstaltungen in die Diskussion zur Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik ein. Auf nationaler Ebene haben sich die Europäischen Metropolregionen Deutschlands in einem initiativkreis zusammengeschlossen und argumentieren im Zusammenspiel gegenüber der nationalen Ebene.

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 5): „Ausarbeitung politischer Empfehlungen für die Konzipierung wirksamer Kooperationsmechanismen gemäß dem Grundsatz der Partnerschaft und der Multi-Level-Governance unter Beachtung der für die Metropolregionen spezifischen Aspekte:

Im laufenden Programmplanungszeitraum lag im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung der Nachdruck auf den Städten. Befürworten Sie eine stärkere Beteiligung der Metropolregionen an der Kohäsionspolitik nach 2020?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: Ja, eine stärkere Beteiligung ist zu befürworten.

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 5): „Welche Erfahrungen haben Sie gemacht, und welche Empfehlungen für die verbesserte Zusammenarbeit und die Gestaltung funktionierender Mechanismen können Sie geben?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: Die funktionalen Räume müssen bei der Bewältigung der Herausforderungen stärker von der Kohäsionspolitik unterstützt werden, als es bisher der Fall war. Die in der Förderperiode 2014 bis 2020 entwickelten Instrumente der „Integrierten Territorialen Investitionen“ (ITI) für Regionen und „von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen der lokalen Entwicklung“ (CLLD) für subregionale Gebiete bieten gute Voraussetzungen für integrierte Projekte in funktionalen Räumen. Diese werden „von unten“ entwickelt und umgesetzt und spiegeln somit die Bedürfnisse und Herausforderungen dieser Ebene wider. Dadurch können auch aktuelle sich in einer Förderperiode ändernde Rahmenbedingungen wie z. B. die Energiewende oder Migrationskrise stärker flexibel berücksichtigt werden. Trotz sehr guter Beispiele auch aus anderen Mitgliedstaaten wird insbesondere das Instrument der ITI in Deutschland nicht oder nur in abgeschwächter Weise angewandt. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain bedauert dies sehr und ruft die Europäische Kommission dazu auf, diese Instrumente mit mehr Nachdruck in Zukunft von der Bundes- und Landesebene einzufordern.

Die Metropolregion FrankfurtRheinMain fordert eine Intensivierung der partnerschaftlichen Programmierung der operationellen Programme, die aus den Strukturfonds finanziert werden. Dies bedeutet das Zusammenarbeiten der Europäischen Kommission mit der mitgliedstaatlichen Ebene, der regionalen Ebene (in Deutschland die Bundesländer), aber auch eine echte Partnerschaft mit den regionalen Akteuren unterhalb der Landesebene, wie den Metropolregionen. Diese sind im engen und ständigen Austausch mit den Städten, Gemeinden, Landkreisen und anderen Akteuren und kennen deren Bedürfnisse und Herausforderungen. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain fordert des-

wegen eine stärkere Mitverantwortung der Metropolregionen im Programmierungs- und Umsetzungsprozess der Kohäsionspolitik. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain steht bereit, sich in der nächsten Förderperiode stärker bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik zu beteiligen.

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 5-6): „Unterstützung des Vorschlags, die nationale Mittelzuweisung aus dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung für die nachhaltige Stadtentwicklung auf 6 % zu erhöhen, um den wachsenden Herausforderungen in städtischen Gebieten Rechnung zu tragen:

Laut Prognose werden bald bis zu 80 % der EU-Bevölkerung in städtischen Gebieten leben. Befürworten Sie eine stärkere Unterstützung der Städte und der funktionalen städtischen Gebiete, oder sind Sie der Meinung, dass sie ausreichend unterstützt werden? Könnten Sie sich eine Erhöhung der Unterstützung für die nachhaltige Stadtentwicklung auf bis zu 10 % der nationalen Mittelzuweisung vorstellen?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: Ja, eine Erhöhung der Mittel für integrierte Projekte in funktionalen Gebieten wäre erforderlich. Der Vorteil der Strukturpolitik gegenüber den EU-Sektorpolitiken wie z. B. Verkehr, Energie oder Forschung ist die Möglichkeit, integrierte Projekte durchzuführen, die auf die Bedürfnisse der regionalen und lokalen Ebene ausgerichtete territoriale Komponenten umfassen. Solche umfangreichen Projekte bedürfen eines Vorlaufs und die Involvierung der Partner auf lokaler und regionaler Ebene. Hierunter fallen oft Projekte, die sich monetär nicht direkt von selbst finanzieren, aber langfristig einen nachhaltigen gesellschaftlichen Mehrwert erreichen.

Auszug aus dem Arbeitsdokument (S. 6): „Beitrag zu der Debatte „Über das BIP hinaus“ mit dem Ziel, umfassendere Indikatoren zu nutzen, um Investitionen in den Metropolregionen zielgenauer und effizienter einzusetzen:

Ist Ihre Region an einem Projekt zur alternativen Messung der komplexen Entwicklung beteiligt, in dem andere als die rein wirtschaftlichen Indikatoren berücksichtigt werden? Beispielsweise das Pilotprojekt der Europäischen Kommission für den Index für sozialen Fortschritt (SPI)?“

Antwort des Europabüros FrankfurtRheinMain: Nein, die Metropolregion FrankfurtRheinMain ist nicht daran beteiligt.